

Beschluss:

Die LandesAstenKonferenz Baden-Württemberg wird das Memorandum der Landesregierung derzeit nicht unterzeichnen. Zwar enthält es vereinzelt wichtige Auslegungen der bestehenden Gesetzeslage, und kleinere Veränderungen der Gesetzeslage, in den wesentlichen Punkten zur studentischen Mitbestimmung bleibt das Memorandum jedoch entweder blass und konturlos, oder beschränkt sich auf die einseitige Wiedergabe der Regierungspositionen. Viele Gedanken sind zudem nicht ausgereift oder stellen nur Wiederholungen der aktuellen Gesetzeslage dar. Die Zielsetzungen einiger Änderungen bleiben zudem fraglich und konnten auch in den Gesprächen im Vorfeld nicht deutlich gemacht werden.

Echten Neuerungen und richtungsweisenden Ideen, die ein von Ministerium, Hochschulen und Studierenden unterzeichnetes Memorandum rechtfertigen würden, enthält das Memorandum allerdings nur sehr eingeschränkt. Einigkeit besteht zwar wenigstens im Grundsatz darüber, dass die gegenwärtig gewährleistete Form studentischer Mitbestimmung ungenügend ist und verbessert werden muss. Festhalten ließe sich weiterhin, dass ein hochschulpolitisches Mandat unumstritten ist.

Völlige Uneinigkeit besteht jedoch hinsichtlich der Reichweite der notwendigen Änderungen und deren konkrete Ausformung. Für eine inhaltliche Annäherung in einem Prozess der offenen Aussprache und des gegenseitigen Nachgebens war beim Zustandekommen des Memorandums trotz vielfachen Angebots seitens der Studierenden kein Raum.

Aufgrund der unmittelbaren Nähe zur Landtagswahl und des offenen Diskurses innerhalb der Parteienlandschaft auch gerade im Hinblick auf Fragen der studentischen Mitbestimmung sieht die LandesAstenKonferenz gegenwärtig keine Notwendigkeit, sich gerade jetzt auf den Standpunkt der Landesregierung einzulassen, sondern wird stattdessen öffentlich für ihre Positionen werben.